

ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice  
Freimersdorfer Weg 6  
50829 Köln

**Betreff: Einstellung-Rundfunkbeiträge früher GEZ**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit teile ich Ihnen mit, dass Sie mir den Nachweis übermitteln sollen, ob zwischen mir und der Bundesregierung ein Vertrag vorliegt, ferner weise ich Sie darauf hin, dass Sie mir keine Staatsangehörigkeit nachweisen können, da die BRD nur eine nicht existente Staatsangehörigkeit „Deutsch“ welches in meinem Personalausweis oder Reisepass steht, aufgeführt hat!

Der Geltungsbereich des Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, der bis September 1990 im Artikel 23 des GG definiert war, ist aufgehoben worden. Somit auch der Rundfunkbeitragsstaatsvertrag, auch wegen den folgenden Texterklärungen!

Somit fehlt dem Grundgesetz der zwingend-erforderliche Geltungsbereich und ist damit nichtig. Heute steht im Artikel 23 des GG nicht wie es korrekt wäre, gestrichen oder aufgehoben, sondern irgendein Quatsch über das Abtreten nicht vorhandener Hoheitsrechte an die EU. Dieser Artikel wurde schlicht rechtswidrig überblendet, damit man sich nicht fragt, was davor gestanden haben könnte.

Das Grundgesetz ist keine Verfassung. Wenn dem so wäre, wäre es Kraft des Artikels 146 auch schon wieder ungültig, der da vor 1990 lautet :

„Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die vom deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Nach 1990 ist dieser geändert worden, in dem eine schöne Lüge einbaut wurde, hat aber dennoch fast die gleiche Bedeutung:

„Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tag, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Die BRD ist gemäß Artikel 133 GG der Rechtsnachfolger der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, und damit ein Besatzungskonstrukt im Auftrag der Alliierten, die sich durch Verhaftung der deutschen Regierung und sich per Proklamation zum Inhaber der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands gemacht haben.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) Artikel 133 GG

Der Bund tritt in die Rechte und Pflichten der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ein. Gesetze der Bundesrepublik Deutschland

Gesetze auf Grundlage des Grundgesetzes können nur gelten, wenn sie die folgenden, förmlichen Merkmale aufweist:

1. Jedes Gesetz, das in Grundrechte eingreift, muss diese Grundrechte mit Artikel im Gesetz aufführen. Ansonsten ist es nichtig(ungültig).  
(Zitierpflicht Art. 19 GG)
2. Die bundesrepublikanischen Gerichte wie das BVerfG und BVerwG schreiben dem Gesetzgeber vor, in seinen Gesetzen den territorialen Geltungsbereich genau zu definieren.
3. Das Gesetz muss logischerweise auch Inkrafttreten, also eine Inkrafttrittserklärung ist zwingend notwendig.
4. Der, der die Gesetze beschließt, muss zwangsläufig auch kraft Verfassung (oder von mir aus Grundgesetz) dazu autorisiert sein.

Der letzte Punkt ist ein sehr Interessanter. Schauen wir uns mal die Grundsätze zur Wahl des Bundestages der Bundesrepublik Deutschland an:

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG)

Artikel 38 Absatz 1 Satz 1 :

„Die Abgeordneten des deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, und geheimer Wahl gewählt.“

Jede Rechtsnorm, die einer Übergeordneten widerspricht, ist nichtig. Nach nichtigen Rechtsnormen darf nicht verfahren werden. Die 1956 eingeführte Listenwahl des Bundestages widerspricht dem Grundsatz der unmittelbaren Wahl. Ein sich

grundgesetzwidrig-zusammengesetzter Bundestag ist nicht beschlussfähig. Daraufhin sind alle Handlungen unwirksam. Jedem, der Lesen kann, muss dieser Widerspruch auffallen, und vor allem dem sogenannten Bundesverfassungsgericht.

Jeder Mensch, der auf deutschem Territorium (mindestens die Grenzen vom 31.12.1937 (Siehe SHAEF (Besatzungsrecht)) geboren wurde, ist Deutscher gemäß Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz ( Vom 22. Juli 1913 RGBl. 1913, 583).

Angehörige des deutschen Staates (Deutsches Reich) stehen der BRD, gemäß der von der BRD selbst erlassen Gesetze, exterritorial gegenüber:

- allgemein- und verwaltungsrechtlich gem. § 3, Abs. 1 FGG vom 12.09.1950 BGBl. S 455

- strafprozeßrechtlich gem. § 11, Abs. 1, Satz 1, StPO vom 07.04.1987 BGBl. I, S. 1074, bereinigt S. 1319

- zivilprozeßrechtlich gem. § 15, Abs. 1, Satz 1, ZPO vom 12.09.1950 BGBl. I, S. 533, und

- gerichtsverfassungsrechtlich gem. § 71, Abs. 2, Satz 1, und gem. § 20, Abs. 1 GVG vom 09.05.1975 BGBl. I, Seite 1077

Mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung der Rechtseinheit auf dem Gebiete der Gerichtsverfassung, der bürgerlichen Rechtspflege, des Strafverfahrens und des Kostenrechts“ (vom 12.09.1950 BGBl. S 455) wurde auch der § 15 des Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) aufgehoben, der da lautete:

„Die Gerichte sind Staatsgerichte“

Wenn die Gerichte keine Staatsgerichte sind, dann sind sie private Schiedsgerichte, und damit freiwillig.

Im Zuge des „Erstes Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz“ (1. BMJBBG)

(vom 19.04.2006 BGBl. I S. 866 (Nr. 18)) wurden die §§ 1 der Einführungsgesetze der ZPO, StPO und des GVG aufgehoben. Diese waren sich sehr ähnlich. Der für das Gerichtsverfassungsgesetz lautete: „§1 [Inkrafttreten]

Das Gerichtsverfassungsgesetz tritt im ganzen Umfang des Reichs an einem durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrates festzusetzenden Tages, spätestens am 1. Oktober 1879, gleichzeitig mit der in §2 des Einführungsgesetzes der Zivilprozessordnung vorgesehenen Gebührenordnung in Kraft“

Damit ist dieses Gesetz ungültig, da es keine Inkrafttrittserklärung mehr hat und auch keinen Geltungsbereich mehr beschreibt.

Da alle 3 Gesetzeswerke ohnehin das Zitiergebot verletzen, durften sie sowieso nie auf Grundlage des Grundgesetzes angewendet werden.

Lustigerweise verweist dieses BRD – Gesetz auf das (Deutsche) Reich, welches nun mal weiter existiert, sonst wäre dieses Gesetz unbestimmt und damit nichtig (Art. 80 I 2 GG).

Im Zuge des „Zweiten Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz“ (2. BMJBBG) ( vom 23.11.2007 BGBl Teil I Nr.59, S 2614) wurde im Artikel 4 die Aufhebung des Grundgesetz durch Aufhebung des Art. 23 GG bestätigt, indem das Besatzungsrecht (Grundgesetz) mit § 1 aufgehoben wurde. Mit § 2 wurden die Aufhebungen des Besatzungsrecht seit 1956 aufgehoben, sodass das Besatzungsrecht ab 30.11.2007 für die Bundesrepublik Deutschland ganz offiziell wieder Geltung hat. Mit dem § 3 Satz 1 werden die Folgen erläutert ( zum besseren Verständnis leicht verkürzt ) :

„Rechte und Pflichten ... der Besatzungsbehörden ... bleiben von der Aufhebung unberührt und bestehen ... fort.“

Personalausweisgesetz (PAAusG) § 28 Ungültigkeit:

Meine Körpergröße hat sich verändert und daher ist mein Personalausweis ungültig! Somit bin ich als Person nicht fassbar.

Die Rechtsfähigkeit des Menschen wird ihm nach deutschem Recht nicht staatlich verliehen, somit kann er sie auch nicht verlieren, sollte der Staat desorganisiert sein. Auch durch Rechtsgeschäft können Sie Ihre Rechtsfähigkeit nicht verlieren.

§ 134 Ein Rechtsgeschäft, das gegen ein gesetzliches Verbot verstößt, ist nichtig, wenn sich nicht aus dem Gesetz ein Anderes ergibt.

§ 138 Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig. Nichtig ist insbesondere ein Rechtsgeschäft, durch das Jemand unter Ausbeutung der Nothlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit eines Anderen sich oder einem Dritten für eine Leistung Vermögensvorteile versprechen oder gewähren läßt, welche den Werth der Leistung dergestalt übersteigen, daß den Umständen nach die Vermögensvorteile in auffälligem Mißverhältnisse zu der Leistung stehen.

Der Artikel 23 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland

Hier ist der Artikel 23 GG, wie er im ersten Bundesgesetzblatt vom 23 Mai 1949 verkündet wurde. Stand Mai 1949

Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg- Hohenzollern. In den anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.

Dieser wurde bis 1990 nicht geändert. Dies sollte Sie schon stutzig machen, denn wenn Sie in Deutschland auf eine öffentliche (nicht staatliche) Schule gegangen sind, dann haben Sie sicherlich gelernt (man hat es Ihnen erzählt), dass das Saarland 1956/7 der Bundesrepublik Deutschland beigetreten ist. Dies ist natürlich wie fast alles, was man der Schule so „lernt“, Quatsch.

Ein einfacher Beitritt nach Artikel 23 ist nicht möglich, denn Satz 2 erklärt, dass das Grundgesetz erst nach dem Beitritt in dem Teil Deutschlands in Kraft zu setzen ist.

Zuerst müsste eine Gebietserweiterung nach Artikel 29 ( alter Fassung ) stattfinden, denn es sind zwei verschiedene Gebiete, die Eins werden sollen, das bedeutet Volksentscheide in den Ländern, die davon betroffen sind.

Seit 1957 gilt das Grundgesetz, wenn überhaupt, noch im Saarland. Damit dies nicht auffällt, hat man es auch unterlassen den Artikel 23 anzupassen.

So, jetzt soll also im Jahre 1990 die DDR dieser, eigentlich nur noch im Saarland existierenden, BRD beigetreten sein.

Man liest häufig, dass ein James Baker in seiner Funktion als Außenminister der USA (SHAEF-Gesetzgeber) den Artikel 23 bei den Verhandlungen in Paris am 17.07 (1990) mit Wirkung zum 18.07 gestrichen hätte.

Ich habe dafür zwar nie einen wirklichen Beweis gesehen, aber gut, ist auch nicht so wichtig, denn es ändert nichts, wenn es nicht so wäre.

Es würde auf jeden Fall Sinn machen, denn es war ja eigentlich beabsichtigt etwas

Neues zu schaffen: das Vereinte Deutschland

Wie auch immer, was aber sicher ist, dass es dem bundesdeutschen „Gesetz“geber überhaupt nicht erlaubt ist, einfach so Artikel des Grundgesetzes aufzuheben.

Artikel 79 GG (1)

Das Grundgesetz kann nur durch ein Gesetz geändert werden, das den Wortlaut des Grundgesetzes ausdrücklich ändert oder ergänzt.

Von Artikel aufheben, steht da nichts, sonst könnte sich der einfach-gesetzliche Gesetzgeber jede Freiheit herausnehmen, in dem er Artikel aufhebt, die ihm grade nicht passen.

Vor allem kann der sogenannte Einigungsvertrag keine Änderungen am Grundgesetz vornehmen, weil Dieser kein Gesetz ist.

Ein Vertrag kann ja nicht Artikel aufheben, auf denen er angeblich basiert, sonst kommt da, wie man sieht, nur Mist raus ( Siehe Artikel 144 GG).

Jetzt habe ich Ihnen viel Daten geschrieben. Kurz und knapp geht es um die:

**Alle Unternehmen und Banken wurden !!! zwangsvollstreckt !!!**

**!!! gepfändet !!!**

**!!! Zulassung entzogen !!!**

Rechtlich gesehen gibt es seit dem **28.11.2012** keine Unternehmen, keine Banken und keine Regierungen mehr auf der Erde.

Fakten WA DC UCC Doc# 2012127917)

Alle Ressourcen der Erde, das ganze Vermögen und die Schöpfung gehört wieder allen Menschen in gleichem Maße.

Was bedeutet das?

**WIR sind FREI!**

Ich bitte Sie daher höflich von meinem Giro-Konto ab sofort keine Rundfunkbeiträge z.B. 53€ abzubuchen. Da die Rechtsgrundlage fehlt, bzw. Sie müssen den Vertrag nachweisen.

Vielen Dank für Ihr Verständnis im Voraus. Ich setze Ihnen hierfür eine

**Antwortfrist bis zum xx.xx.xx**

Mit freundlichen Grüßen

Vornamen Nachnamen mit Großen Erstbuchstaben und sonst bitte klein schreiben

Anlagen:

Kopien I AM, Erklärung und Mitteilung unbegrenzter Voller Eigener Verantwortung unterschrieben und mit rechtem Daumenabdruck versehen

Vornamen Nachnamen Anschrift

ARD ZDF Deutschlandradio  
Beitragsservice  
50656 Köln

**Betreff: Beitragsnummer ...**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit teile ich Ihnen mit, dass ich den Rundfunkbeitragsstaatsvertrag nicht anerkenne, die Sie nicht zweifelsfrei nachgewiesen haben, dass die BRD ein funktionierender Staat ist. Bitte nehmen Sie auch folgende Erklärungen dazu zur Kenntnis und ich halte daran fest, dass ich den Propagandasendern keine finanzielle Unterstützung mit Beiträgen geben möchte! Ich folge dem Motto TV aus und Gehirn an und Herzensweg folgend! Zum Verständnis, bin ich kein Reichsbürger Sympathisant und ich unterstütze auch nicht die Querdenker Veranstaltungen, sondern lieber nach internationalen Recht handelnden OPPT, siehe spätere Erläuterungen.

Ich teile Ihnen nach meinem Anschreiben von Ende Mai 2021 ergänzend nach dem Anhang: Kopien I AM, Erklärung und Mitteilung unbegrenzter Voller Eigener Verantwortung unterschrieben und mit rechtem Daumenabdruck versehen, noch folgende ergänzende Informationen mit!

Des Weiteren teile ich Ihnen mit, dass ich ab sofort generell keine Gebühren zahlen werde, da ich meine Geburtsurkunde nicht anerkenne und der Personalausweis nicht stimmt und auch nicht mehr 184cm Körpergröße habe, sondern kleiner bin.

Ich bin somit keine juristische Person und bin daher vertragsrechtlich für die Beitragsnummer 479 419 720 nicht mehr greifbar. Sie, nicht ich sind nun in der Beweispflicht, also in der Verantwortung

Abs. Vornamen Nachnamen mit Großen Erstbuchstaben und sonst bitte klein schreiben

Finanzamt (Finanzkasse) München  
145/140/51012  
Postfach 210342  
85018 Ingolstadt

Bayerisches Landesamt für Steuern  
Dienststelle München  
145/140/51012  
80284 München

**Betreff: Ihre Mahnung vom 23.06.21, Antwortschreiben vom 07.06.2021 und 14.06.2021 mit Finanzamt München AZ .../ .../.....  
ID ....., Steuernummer ....., ggf. Firmenbezeichnung**

Sehr geehrte Finanzbeamtin, sehr geehrter Finanzbeamter,

Da Sie scheinbar mit dem Finanzamt nicht so eng verbunden sind und nicht vom Schreibverkehr unterrichtet wurden, schreibe ich Sie nun direkt an, ohne einen Ansprechpartner bekommen zu haben. Ich nehme keinen Bezug mehr auf die Anschreiben vom FA 07. Juni 2021 und nach neuen Texten vom 14.06.2021, wo das Finanzamt erfreulicherweise binnen einer Woche geantwortet hat.

Ich zweifle die Gültigkeit der Gesetze der BRD an, da ich schon hinreichend in zwei Schreiben darauf geantwortet und Bezug genommen habe und ich frage mich wer hier begriffsstutzig ist? In Ihrem Gesetzssystem / Verfassung mit Steuergesetzen, wo die Finanzbeamten oder nur die eine Person sich befindet, kann ich Sie ja verstehen, dass Sie gemäß der Steuergesetze handeln und sich im Recht fühlen. Doch ich Michael Komm, als gesunder Mensch ohne Impfung und ggf. Kontrolle durch Staats-Institutionen, lebe wie im Anhängen meines Anschreibens vom 31. Mai 2021 - die Sie gerne vom FA anfordern können - in meiner Eigenverantwortung, ich lebe in meinem eigenen lebendigen und vitalen Körper als Mann. Ich bitte Sie nun endlich - letztmalig - dies anzuerkennen und das ich die Geburtsurkunde nicht akzeptiere und diese nicht anerkenne. Daher hoffe ich auf Verständnis, dass ich für Sie ab sofort keine juristisch greifbare Person bin.

Auch mit der Finanzkasse in Ingolstadt habe ich keinen gültigen Vertrag abgeschlossen und wenn überhaupt, dann sind Sie in der Beweispflicht, das die Gesetze der BRD existieren und daher weise ich hiermit die Einkommensteuer in Höhe von 1.957€ und die Mahnung zurück, da es hierfür keine Gesetzesgrundlage gibt.

Um das Briefvolumen nicht so stark aufblähen zu lassen, bitte ich Sie höflich diese Links abzuschreiben: <https://homunculix.wordpress.com/2011/11/11/bundesjustizministerium-bestatigt-bereinigungsgesetze/>  
<https://newstopaktuell.wordpress.com/2015/02/12/die-bereinigungsgesetze-sind-rechtskraftig/>

Ich bitte um Kenntnisnahme der öffentlich einsehbaren Unterlagen 15.8.2011 Bankenwesen, Auflösung Cestui Que Vie CQV-Trust öffentlicher Eintrag Nr. 983210-341748-240014. Dies bedeutet Auflösung der ewigen Krone, Geburtsurkunden, Sterbeurkunden, der Bonds und der Ansprüche (Claims), Autoritäten der Bank für international Settlements, somit das System der Schuldklaverei der Welt. Der Göttliche Schöpfer, allen Heiligen, Lichtwesen und Heiligen Schriften als Zeugen habt ihr euch den Fakten und Konditionen zu beugen oder den Himmel, die Erde, Hölle und Geschichte Euer Richter sein zu lassen. Die Wiederkehr des Göttlichen Gesetzes auf dem Planeten findet statt. Alle Rechte, Befugnisse, alles Eigentum, alle Privilegien und Rechte dieser historischen Göttlichen Bünde hiermit geltend gemacht und dann den alleinigen Autorität der Gesellschaft des Einen Himmels übertragen. Ab dem Tage des Göttlichen Paktes und Verständnisses, bis zum Ende des

Universums, können keine beanspruchten Gesetze, die auf einem oder mehreren dieser ungültigen, historischen Pakte beruhen, irgendeinen übergeordneten Status bezüglich jeglicher Gesetze abgeleitet aus diesem Pakt beanspruchen. Solche Ansprüche sind null und nichtig ab dem Anfang solcher falscher Ansprüche, wobei diejenigen, die solchen falschen Ansprüche erheben, einer großen (freimaurerischen) Verbindung unterliegen.

Falls Sie es weiterhin in Betracht ziehen mir zu antworten oder auf Steuerzahlungen bestehen oder das mein Strohhalm die Steuererklärungs-, Abgabenordnungs- sowie Zahlungspflichten beachten soll, so bitte ich Sie eine aktuelle Rechtslage mit einzubeziehen und zu akzeptieren, dass alle Regierungen durch den One People Public Trust OPPT zwangsvollstreckt wurden und nicht nur ich, sondern alle Menschen dadurch frei sind! Dies ist internationales Recht und zum besseren Verständnis (wir sind in Bayern) sticht wie beim Schafkopfkartenspiel der Eichel-Ober die anderen Ober, alle Unter und die Trümpfe!

ICH Michael Komm beauftrage ich sie, dieses Treuhandverhältnis aufzulösen und zu entlasten! Ich beanspruche hiermit meinen Körper also löse ich den Cestui Que Vie CQV-Treuhandfonds auf, den Sie belastet haben, weil es dort keinen Wert gibt. Sie haben gegen sämtliche Gesetze verstoßen!

Falls möglich, bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Bitte teilen Sie mir mit, für welchen Staat Sie tätig sind?
2. Bitte teilen Sie mir mit, in welchem Auftrag Sie persönlich handeln?
3. Bitte teilen Sie mir mit, wer genau sich als IHRE Dienstherrn ausgibt?

Ich erwarte den Nachweis von Ihnen:

- dass Sie für den souveränen Staat „Deutschland“ tätig sind, der aus der BRD, der DDR und aus Berlin besteht!
- dass Deutschland eine eigene, vom Volk genehmigte Verfassung hat!
- dass Deutschland eine verfassungsgemäß gewählte Regierung hat!
- Dass die von Ihnen angegebenen Gesetze für das vereinte Deutschland und nicht für die erloschene Bundesrepublik Deutschland gelten!

Dann lehne ich hiermit jeglichen weiteren Schriftwechsel mit Ihnen ab und untersagen Ihnen und Ihren Mitarbeitern meine Daten / die des Unterzeichners in jeglicher Form zu benutzen oder Handelsangebote an mich / Unterzeichner als natürliche, beseelte Person zu versenden.

Ich erhebe hiermit auch Einspruch gegen alle noch ausstehenden UST-Bescheide und gebe Antrag auf Aussetzung des Vollzugs. Ich bitte um klare Begründungen, die Beantwortung o.g. Fragen und Klärung von ggf. Rechtsunsicherheiten!

**Darüberhinaus erteile ich Ihnen hiermit formlos eine Mahnung mit Vollstreckungsandrohung in Höhe von 2.000 Unzen Sterlingsilber in englisch und deutsch.**

Bitte nehmen Sie netterweise die beiliegende international in englischer Sprache gültige Courtesy Notice zur Kenntnis und ich bitte um Entschuldigung, dass es zur Schriftsaterstellung noch keine Übersetzung gab!

Beim nächsten Mal erlaube ich mir für die beanspruchte Zeit eine Rechnung erstellen!!!

Das allgemeingültig und bekannte Resonanzgesetz kommt automatisch zum tragen, wenn ein Mensch auf Erden unrecht unter Beobachtung des Schöpfers handelt und dies dann in Form eines Problems im psychisch-körperlichen Bereiches zum tragen kommt! Also überlegen sie es sich gut...

Ich gebe Ihnen für Ihre Antwort auf dieses Anschreiben eine Frist bis zum

**30. Juni 2021.**

Vielen Dank für Ihr Verständnis im Voraus.

Mit vorzüglicher Hochachtung

zu beweisen, dass ich einen Vertrag mit Ihnen habe oder das die Bundesrepublik Deutschland BRD auf welcher Vertragsbasis auch immer überhaupt existiert. Wenn die BRD (siehe Abkommen von Montevideo keine Staatsgewalt, kein Staatsvolk und kein Staatsgebiet) nicht existiert, sind folglich auch die betreffenden Verträge die auf dieser Basis abgeschlossen wurden, außer Kraft! Zudem weise ich Sie darauf hin, dass die Haager Landkriegsverordnung auch für die Bundesrepublik Deutschland gilt!

Um das Briefvolumen nicht so stark aufblähen zu lassen, bitte ich Sie höflich diese Links abzuschreiben: <https://homunculix.wordpress.com/2011/11/11/bundesjustizministerium-bestatigt-bereinigungsgesetze/>

<https://newstopaktuell.wordpress.com/2015/02/12/die-bereinigungsgesetze-sind-rechtskraftig/>  
In den Anlagen des letzten Anschreibens Ende Mai 21 habe ich bereits Dokumente zugeschickt, die mich als **Mensch, welcher lebt und ein Mann** mit eigener Verantwortung entschieden hat zu leben gezeigt hat. Zum Verständnis, werde ich mich bis auf weiteres selbst vertreten, da ein Anwalt, welcher in Ihrem System agiert, wahrscheinlich aus der Anwaltskammer ausgeschlossen würde! Zudem weise ich Sie darauf hin, dass wenn niemand in einem Anschreiben rechtsverbindlich unterschreiben wird, da sonst persönliche Haftungsgründe bestehen würden! Falls dieser Sachverhalt vor Gericht gehen würde, so würde wegen der persönlichen Haftung wie in vielen Verfahren ein Richter, welcher davon weis, auch nicht sein Urteil unterschreiben, um nicht wegen §240 StGB Nötigung, §241 StGB Bedrohung, §263c StGB Betrug, §267 StGB Urkundenfälschung, §270 Täuschung im Rechtsverkehr, etc. strafrechtlich verfolgt zu werden.

Ich bitte um Kenntnisnahme der öffentlich einsehbaren Unterlagen 15.8.2011 Bankenwesen Auflösung Cestui Que Vie CQV-Trust öffentlicher Eintrag Nr. 983210-341748-240014. Dies bedeutet Auflösung der ewigen Krone, Geburtsurkunden, Sterbeurkunden, der Bonds und der Ansprüche (Claims), Autoritäten der Bank für international Settlements, somit das System der Schuldklaverei der Welt. Der Göttliche Schöpfer, allen Heiligen, Lichtwesen und Heiligen Schriften als Zeugen habt ihr euch den Fakten und Konditionen zu beugen oder den Himmel, die Erde, Hölle und Geschichte Euer Richter sein zu lassen. Die Wiederkehr des Göttlichen Gesetzes auf dem Planeten findet statt. Alle Rechte, Befugnisse, alles Eigentum, alle Privilegien und Rechte dieser historischen Göttlichen Bünde hiermit geltend gemacht und dann den alleinigen Autorität der Gesellschaft des Einen Himmels übertragen. Ab dem Tage des Göttlichen Paktes und Verständnisses, bis zum Ende des Universums, können keine beanspruchten Gesetze, die auf einem oder mehreren dieser ungültigen, historischen Pakte beruhen, irgendeinen übergeordneten Status bezüglich jeglicher Gesetze abgeleitet aus diesem Pakt beanspruchen. Solche Ansprüche sind null und nichtig ab dem Anfang solcher falscher Ansprüche, wobei diejenigen, die solchen falschen Ansprüche erheben, einer großen (freimaurerischen) Verbindung unterliegen.

ICH Michael Komm beauftrage ich sie, dieses Treuhandverhältnis aufzulösen und zu entlasten! Ich beanspruche hiermit meinen Körper also löse ich den Cestui Que Vie CQV-Treuhandfonds auf, den Sie belastet haben, weil es dort keinen Wert gibt. Sie haben gegen sämtliche Gesetze verstoßen!

Ich weise Sie auf den One People Public Trust OPPT hin und zeige Ihnen ein ggf. noch nicht bekannten Chronologie hin:

4.7.2012 Treuhänder geben bekannt, dass sie den Equity Call machen.

7.7.2012 Treuhänder veröffentlichen die Verfügungen, dass die UCC-Registrierungen eingereicht werden

25.7.2012 Strohmänn Anleihe

10/2012 keine Widerlegungen - Das private Sklavensystem ist nun zwangsvollstreckt

22.10.2012 Treuhänder verlangen bei der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) die Untersuchung der Goldbestände in der Schweiz.

28.11.2012 Die UCC-Registrierung Deklaration der Fakten (DOF) wird eingereicht

Seit 28.11.12 sind Regierungen und Firmen weltweit zwangsvollstreckt worden!

25.12.2012 Erste öffentliche Ankündigung der neuen rechtlichen Landschaft

18.03.2013 Eingereichte UCC-Registrierung beendet alle bisher erstellten Vorschriften und Rechtsformen

24.03.2013 UCC-Registrierung - I and Universal Value Exchange ( Ich und Universeller  
Werteausgleich)

09.04.2013 I-UV Gabe ist anerkannt

01.07.2013 Umbenennung Exchange zu INchange 5 Mrd. Summe! Schadensersatz aus der Forderung  
aus dem Handelswechsel bestätigt als Schuld vervollkommen, ausständig, einlösbar und zahlbar.

[www.icciv.org](http://www.icciv.org) International Common Law Court of Justice - Vienna WIEN.

der UCC Dokumente

OPPT-Paradigmareport Kurzfassung:

Anzeige der Aufhebung, Beendigung, Auflösung, gemäß der öffentlichen Ordnung UCC 1-309, sowie  
die Anzeige der Unterlassungsordnung, inklusive aller Unternehmen, Ministerien, Ämter, sowie deren  
Wirtschaftsverträge, ordnungsgemäß verfasst und geprüft als Handelswechsel für

Kapital und Schadensersatz, ordnungsgemäß ausgestellt, ratifiziert, verbucht für die Sache, Zug um  
Zug mit der geprüften Aufforderungsanzeige zur Wiedergutmachung, für alle Werte der Schöpfung  
innewohnend in allen Inkörperungen ohne Vorurteil aller Schöpfung auf Erden, ordnungsgemäß  
eingetragen in der internationalen Rechtsverordnung, durch öffentliche Ordnung angekündigt, gegen  
alle Direktoren, Stellvertreter und Begünstigte jedes unrechten und illegalen privaten Geld-Systems,  
die Inkasso, die Zwangsvollstreckung und sogar Sklaven-Systeme betreiben gegen diese  
Inkörperungen, unwiderruflich und im Besonderen niedergeschriebenen in UCC Dokument Nummer  
2012086794, 2012086802, 2012088787.

Gegen alle Amtspersonen gilt daher die rückwirkende Löschung - nunc pro tunc praeterea preterea!  
Internationale Rechtsverordnung UCC Document 2012127907 mit der Beleg Nr. 1273051, im  
Besonderen die Art. I-IX und alle seine Paragraphen sind vollständig neu formuliert und integriert und  
vollends in Kraft getreten: auftragsgemäß überprüft, bestätigt und ratifiziert, eingetreten in die  
Internationale Rechtsverordnung, registriert in der öffentlichen Ordnung UCC 1-202, Gegenstand der  
Aufzeichnung der öffentlichen Ordnung UCC 1-201 (31).

Das allgemeingültig und bekannte Resonanzgesetz kommt automatisch zum tragen, wenn ein Mensch  
auf Erden unrecht unter Beobachtung des Schöpfers handelt und dies dann in Form eines Problems im  
psychisch-körperlichen Bereiches zum tragen kommt! Also überlegen sie es sich gut...

Ich bitte Sie höflich um Bestätigung der Vertragskündigungen, sowie um die Bestätigung der  
Einstellung der Beitragsabbuchungen aller Verträge. Ich gebe Ihnen für Ihre Antwort auf dieses  
Anschreiben eine Frist bis zum

**25. Juni 2021.**

Vielen Dank für Ihr Verständnis im Voraus.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Vornamen Nachnamen mit Großen Erstbuchstaben und sonst bitte klein schreiben

**Anlage:**

UCC Unterlagen

Vornamen Nachnamen Anschrift

Finanzamt München  
145/140/51012  
Deroystr. 10

80335 München

**Betreff: ID ..., Steuernummer .../.../..., ggf. Firmenadresse**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit teile ich Ihnen mit, dass ich die Entscheidung getroffen habe ein Leben in Eigenverantwortung (siehe „I am“ Erklärung im Anhang) zu leben und zusätzlich teile ich Ihnen mit, dass die Bundesrepublik Deutschland zwangsvollstreckt wurde!

Ich bin durch meine Aberkennung meiner Geburtsurkunde keine juristische Person mehr und wie im Personalausweis ersichtlich nicht Deutsch, sondern ein Deutscher.

Ich bitte Sie die Höflichkeitserklärung im Anhang zu respektieren, sowie die Erklärung und Benachrichtigung meiner eigenen vollen, unbegrenzten Verantwortung. Ich verletzte niemanden und schädige niemandem dessen Eigentum. Bitte nehmen Sie das UCC Verfahren zur Kenntnis.

Bitte schicken Sie mir ab dem 1. Juni 2021 keine Steuerbescheide mehr zu und buchen Sie mir bitte keine quartalsmäßigen Umsatzsteuer Zahlungen ab! Mein Steuerberater wird Ihnen bis dahin ordentliche Jahressteuerabschlüsse vorlegen.

Ab hier finden Sie noch rechtliche Erklärungen die mein Anliegen untermauern:

Ich teile ich Ihnen mit, dass Sie mir keine Staatsangehörigkeit nachweisen können, da die BRD nur eine nicht existente Staatsangehörigkeit „Deutsch“ welches in meinem Personalausweis oder Reisepass steht!

Der Geltungsbereich des Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, der bis September 1990 im Artikel 23 des GG definiert war, ist aufgehoben worden.

Somit fehlt dem Grundgesetz der zwingend-erforderliche Geltungsbereich und ist damit nichtig. Heute steht im Artikel 23 des GG nicht wie es korrekt wäre, gestrichen oder aufgehoben, sondern irgendein Quatsch über das Abtreten nicht vorhandener Hoheitsrechte an die EU. Dieser Artikel wurde schlicht rechtswidrig überblendet, damit man sich nicht fragt, was davor gestanden haben könnte.

Das Grundgesetz ist keine Verfassung. Wenn dem so wäre, wäre es Kraft des Artikels 146 auch schon wieder ungültig, der da vor 1990 lautet :

„Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die vom deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Nach 1990 ist dieser geändert worden, in dem eine schöne Lüge einbaut wurde, hat aber dennoch fast die gleiche Bedeutung:

„Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tag, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Die BRD ist gemäß Artikel 133 GG der Rechtsnachfolger der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, und damit ein Besatzungskonstrukt im Auftrag der Alliierten, die sich durch Verhaftung der deutschen Regierung und sich per Proklamation zum Inhaber der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands gemacht haben.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) Artikel 133 GG

Der Bund tritt in die Rechte und Pflichten der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ein.

Gesetze der Bundesrepublik Deutschland

Gesetze auf Grundlage des Grundgesetzes können nur gelten, wenn sie die folgenden, förmlichen Merkmale aufweist:

1. Jedes Gesetz, das in Grundrechte eingreift, muss diese Grundrechte mit Artikel im Gesetz aufführen. Ansonsten ist es nichtig(ungültig).

(Zitierpflicht Art. 19 GG)

2. Die bundesrepublikanischen Gerichte wie das BVerfG und BVerwG schreiben dem Gesetzgeber vor, in seinen Gesetzen den territorialen Geltungsbereich genau zu definieren.

3. Das Gesetz muss logischerweise auch Inkrafttreten, also eine Inkrafttrittserklärung ist zwingend notwendig.

4. Der, der die Gesetze beschließt, muss zwangsläufig auch kraft Verfassung (oder von mir aus Grundgesetz) dazu autorisiert sein.

Der letzte Punkt ist ein sehr Interessanter. Schauen wir uns mal die Grundsätze zur Wahl des Bundestages der Bundesrepublik Deutschland an:

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG)

Artikel 38 Absatz 1 Satz 1 :

„Die Abgeordneten des deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, und geheimer Wahl gewählt.“

Jede Rechtsnorm, die einer Übergeordneten widerspricht, ist nichtig. Nach nichtigen Rechtsnormen darf nicht verfahren werden. Die 1956 eingeführte Listenwahl des Bundestages widerspricht dem Grundsatz der unmittelbaren Wahl. Ein sich

grundgesetzwidrig-zusammengesetzter Bundestag ist nicht beschlussfähig. Daraufhin sind alle Handlungen unwirksam. Jedem, der Lesen kann, muss dieser Widerspruch auffallen, und vor allem dem sogenannten Bundesverfassungsgericht.

Jeder Mensch, der auf deutschem Territorium (mindestens die Grenzen vom 31.12.1937 (Siehe SHAEF (Besatzungsrecht)) geboren wurde, ist Deutscher gemäß Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz ( Vom 22. Juli 1913 RGBl. 1913, 583).

Angehörige des deutschen Staates (Deutsches Reich) stehen der BRD, gemäß der von der BRD selbst erlassenen Gesetze, exterritorial gegenüber:

- allgemein- und verwaltungsrechtlich gem. § 3, Abs. 1 FGG vom 12.09.1950 BGBl. S 455

- strafprozeßrechtlich gem. § 11, Abs. 1, Satz 1, StPO vom 07.04.1987 BGBl. I, S. 1074, bereinigt S. 1319

- zivilprozeßrechtlich gem. § 15, Abs. 1, Satz 1, ZPO vom 12.09.1950 BGBl. I, S. 533, und

- gerichtsverfassungsrechtlich gem. § 71, Abs. 2, Satz 1, und gem. § 20, Abs. 1 GVG vom 09.05.1975 BGBl. I, Seite 1077

Mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung der Rechtseinheit auf dem Gebiete der Gerichtsverfassung, der bürgerlichen Rechtspflege, des Strafverfahrens und des Kostenrechts“ (vom 12.09.1950 BGBl. S 455) wurde auch der § 15 des Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) aufgehoben, der da lautete:

„Die Gerichte sind Staatsgerichte“

Wenn die Gerichte keine Staatsgerichte sind, dann sind sie private Schiedsgerichte, und damit freiwillig.

Im Zuge des „Erstes Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz“ (1. BMJBBG)

(vom 19.04.2006 BGBl. I S. 866 (Nr. 18)) wurden die §§ 1 der Einführungsgesetze der ZPO, StPO und des GVG aufgehoben. Diese waren sich sehr ähnlich. Der für das Gerichtsverfassungsgesetz lautete:

„§1 [Inkrafttreten]

Das Gerichtsverfassungsgesetz tritt im ganzen Umfang des Reichs an einem durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrates festzusetzenden Tages, spätestens am 1. Oktober 1879, gleichzeitig mit der in §2 des Einführungsgesetzes der Zivilprozessordnung vorgesehenen Gebührenordnung in Kraft“

Damit ist dieses Gesetz ungültig, da es keine Inkrafttrittserklärung mehr hat und auch keinen Geltungsbereich mehr beschreibt.

Da alle 3 Gesetzeswerke ohnehin das Zitiergebot verletzen, durften sie sowieso nie auf Grundlage des Grundgesetzes angewendet werden.

Lustigerweise verweist dieses BRD – Gesetz auf das (Deutsche) Reich, welches nun mal weiter existiert, sonst wäre dieses Gesetz unbestimmt und damit nichtig

(Art. 80 I 2 GG).

Im Zuge des „Zweiten Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz“ (2. BMJBBG) ( vom 23.11.2007 BGBl Teil I Nr.59, S 2614) wurde im Artikel 4 die Aufhebung des Grundgesetz durch Aufhebung des Art. 23 GG bestätigt, indem das Besatzungsrecht (Grundgesetz) mit § 1 aufgehoben wurde. Mit § 2 wurden die Aufhebungen des Besatzungsrecht seit 1956 aufgehoben, sodass das Besatzungsrecht ab 30.11.2007 für die Bundesrepublik Deutschland ganz offiziell wieder Geltung hat. Mit dem § 3 Satz 1 werden die Folgen erläutert ( zum besseren Verständnis leicht verkürzt ) :  
„Rechte und Pflichten ... der Besatzungsbehörden ... bleiben von der Aufhebung unberührt und bestehen ... fort.“

Personalausweisgesetz (PAausG) § 28 Ungültigkeit:

Meine Körpergröße hat sich verändert und daher ist mein Personalausweis ungültig! Somit bin ich als Person nicht fassbar.

Die Rechtsfähigkeit des Menschen wird ihm nach deutschem Recht nicht staatlich verliehen, somit kann er sie auch nicht verlieren, sollte der Staat desorganisiert sein. Auch durch Rechtsgeschäft können Sie Ihre Rechtsfähigkeit nicht verlieren.

§ 134 Ein Rechtsgeschäft, das gegen ein gesetzliches Verbot verstößt, ist nichtig, wenn sich nicht aus dem Gesetz ein Anderes ergibt.

§ 138 Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig. Nichtig ist insbesondere ein Rechtsgeschäft, durch das Jemand unter Ausbeutung der Nothlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit eines Anderen sich oder einem Dritten für eine Leistung Vermögensvortheile versprechen oder gewähren läßt, welche den Werth der Leistung dergestalt übersteigen, daß den Umständen nach die Vermögensvortheile in auffälligem Mißverhältnisse zu der Leistung stehen.

Der Artikel 23 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland

Hier ist der Artikel 23 GG, wie er im ersten Bundesgesetzblatt vom 23 Mai 1949 verkündet wurde. Stand Mai 1949

Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg- Hohenzollern. In den anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.

Dieser wurde bis 1990 nicht geändert. Dies sollte Sie schon stutzig machen, denn wenn Sie in Deutschland auf eine öffentliche (nicht staatliche) Schule gegangen sind, dann haben Sie sicherlich gelernt (man hat es Ihnen erzählt), dass das Saarland 1956/7 der Bundesrepublik Deutschland beigetreten ist. Dies ist natürlich wie fast alles, was man der Schule so „lernt“, Quatsch.

Ein einfacher Beitritt nach Artikel 23 ist nicht möglich, denn Satz 2 erklärt, dass das Grundgesetz erst nach dem Beitritt in dem Teil Deutschlands in Kraft zu setzen ist.

Zuerst müsste eine Gebietserweiterung nach Artikel 29 ( alter Fassung ) stattfinden, denn es sind zwei verschiedene Gebiete, die Eins werden sollen, das bedeutet Volksentscheide in den Ländern, die davon betroffen sind.

Seit 1957 gilt das Grundgesetz, wenn überhaupt, noch im Saarland. Damit dies nicht auffällt, hat man es auch unterlassen den Artikel 23 anzupassen.

So, jetzt soll also im Jahre 1990 die DDR dieser, eigentlich nur noch im Saarland existierenden, BRD beigetreten sein.

Man liest häufig, dass ein James Baker in seiner Funktion als Außenminister der USA (SHAEF-Gesetzgeber) den Artikel 23 bei den Verhandlungen in Paris am 17.07 (1990) mit Wirkung zum 18.07 gestrichen hätte.

Ich habe dafür zwar nie einen wirklichen Beweis gesehen, aber gut, ist auch nicht so wichtig, denn es ändert nichts, wenn es nicht so wäre.

Es würde auf jeden Fall Sinn machen, denn es war ja eigentlich beabsichtigt etwas

Neues zu schaffen: das Vereinte Deutschland

Wie auch immer, was aber sicher ist, dass es dem bundesdeutschen „Gesetz“geber überhaupt nicht erlaubt ist, einfach so Artikel des Grundgesetzes aufzuheben.

Artikel 79 GG (1)

Das Grundgesetz kann nur durch ein Gesetz geändert werden, das den Wortlaut des Grundgesetzes ausdrücklich ändert oder ergänzt.

Von Artikel aufheben, steht da nichts, sonst könnte sich der einfach-gesetzliche Gesetzgeber jede Freiheit herausnehmen, in dem er Artikel aufhebt, die ihm grade nicht passen.

Vor allem kann der sogenannte Einigungsvertrag keine Änderungen am Grundgesetz vornehmen, weil Dieser kein Gesetz ist.

Ein Vertrag kann ja nicht Artikel aufheben, auf denen er angeblich basiert, sonst kommt da, wie man sieht, nur Mist raus ( Siehe Artikel 144 GG).

Jetzt habe ich Ihnen viel Daten geschrieben. Kurz und knapp geht es um die:

**Alle Unternehmen und Banken wurden !!! zwangsvollstreckt !!!**

**!!! gepfändet !!!**

**!!! Zulassung entzogen !!!**

Rechtlich gesehen gibt es seit dem **28.11.2012** keine Unternehmen, keine Banken und keine Regierungen mehr auf der Erde.

Fakten WA DC UCC Doc# 2012127917)

Alle Ressourcen der Erde, das ganze Vermögen und die Schöpfung gehört wieder allen Menschen in gleichem Maße.

Was bedeutet das?

**WIR sind FREI!**

Ich gebe Ihnen für Ihre Antwort auf dieses Anschreiben eine Frist bis zum

15. Juni 2021.

Vielen Dank für Ihr Verständnis im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen

Vornamen Nachnamen mit Großen Erstbuchstaben und sonst bitte klein schreiben

Anlagen:

Kopien I AM, Erklärung und Mitteilung unbegrenzter Voller Eigener Verantwortung unterschrieben und mit rechtem Daumenabdruck versehen, Military Order EN, Deutschübersetzung der Höflichkeitserklärung, UCC Unterlagen-EN

Finanzamt München  
145/140/51012  
Deroystr. 10

80335 München

**Betreff: Ihr Antwortschreiben vom 07.06.2021**  
**ID ..... Steuernummer .../.../..... , ggf. Firmenbezeichnung**

Sehr geehrte Finanzbeamtin, sehr geehrter Finanzbeamter

Ich nehme Bezug auf ihr Schreiben vom 07. Juni 2021, wo das Finanzamt erfreulicherweise binnen einer Woche geantwortet hat.

Ich muss mich in meinem Schreiben vom 31.5.21 entschuldigen, dass ich fälschlicherweise das Wort Umsatzsteuer, anstatt quartalsweise die Einkommensteuer benannt habe. Für die Einkommensteuer und andere Gebühren, für welche Ihrerseits kein Vertrag / Existenz der Bundesrepublik Deutschland BRD vorliegt, widerrufe ich hiermit die Einzugsermächtigung! Des Weiteren teile ich ihnen mit, dass ich siehe Daten im Betreff, ab 01. Juni oder ab sofort generell keine Steuern zahlen werde, da ich meine Geburtsurkunde nicht anerkenne und der Personalausweis nicht stimmt und auch nicht mehr 184cm Körpergröße habe, sondern kleiner bin.

Ich bin somit keine juristische Person und bin daher steuerrechtlich für das Finanzamt nicht mehr greifbar. Sie, nicht ich sind nun in der Beweispflicht, also in der Verantwortung zu beweisen, dass ich einen Vertrag mit Ihnen habe oder das die Bundesrepublik Deutschland BRD auf welcher Vertragsbasis auch immer überhaupt existiert. Wenn die BRD nicht existiert, sind folglich auch die betreffenden Steuergesetze außer Kraft! Um das Briefvolumen nicht so stark aufblähen zu lassen, bitte ich Sie höflich diese Links abzuschreiben:

<https://homunculix.wordpress.com/2011/11/11/bundesjustizministerium-bestatigt-bereinigungsgesetze/>

<https://newstopaktuell.wordpress.com/2015/02/12/die-bereinigungsgesetze-sind-rechtskraftig/>

In den Anlagen des letzten Anschreibens vom 31.05.21 habe ich bereits Dokumente zugeschickt, die mich als **Mensch, welcher lebt und ein Mann** mit eigener Verantwortung entschieden hat zu leben gezeigt hat. Siehe Kopien I AM, Erklärung und Mitteilung unbegrenzter Voller Eigener Verantwortung unterschrieben und mit rechtem Daumenabdruck versehen, Military Order EN, Deutschübersetzung der Höflichkeitserklärung, UCC Unterlagen-EN.

Zum Verständnis, werde ich mich bis auf weiteres selbst vertreten, da ein Anwalt, welcher in Ihrem System agiert, wahrscheinlich aus der Anwaltskammer ausgeschlossen würde! Zudem weise ich Sie darauf hin, dass niemand in Ihrem Schreiben vom 7.6.21 rechtsverbindlich unterschrieben hat! Dies hat wohl persönliche Haftungsgründe, oder? Falls dieser Sachverhalt vor Gericht gehen würde, so würde wegen der persönlichen Haftung wie in vielen Verfahren ein Richter, welcher davon weis, auch nicht sein Urteil unterschreiben, um nicht wegen Betrug strafrechtlich verfolgt zu werden.

Ich bitte um Kenntnisnahme der öffentlich einsehbaren Unterlagen 15.8.2011 Bankenwesen Auflösung Cestui Que Vie CQV-Trust öffentlicher Eintrag Nr. 983210-341748-240014.

Dies bedeutet Auflösung der ewigen Krone, Geburtsurkunden, Sterbeurkunden, der Bonds und der Ansprüche (Claims), Autoritäten der Bank für international Settlements, somit das System der Schuldklaverei der Welt. Der Göttliche Schöpfer, allen Heiligen, Lichtwesen und Heiligen Schriften als Zeugen habt ihr euch den Fakten und Konditionen zu beugen oder den Himmel, die Erde, Hölle und Geschichte Euer Richter sein zu lassen. Die Wiederkehr des Göttlichen Gesetzes auf dem Planeten findet statt. Alle Rechte, Befugnisse, alles Eigentum, alle Privilegien und Rechte dieser historischen Göttlichen Bünde hiermit geltend gemacht und dann den alleinigen Autorität der Gesellschaft des Einen Himmels übertragen. Ab dem Tage des Göttlichen Paktes und Verständnisses, bis zum Ende des Universums, können keine beanspruchten Gesetze, die auf einem oder mehreren dieser ungültigen, historischen Pakte beruhen, irgendeinen übergeordneten Status bezüglich jeglicher Gesetze abgeleitet aus diesem Pakt beanspruchen. Solche Ansprüche sind null und nichtig ab dem Anfang solcher falscher Ansprüche, wobei diejenigen, die solchen falschen Ansprüche erheben, einer großen (freimaurerischen) Verbindung unterliegen.

Selbe Adresse fürs ggf. 2. Antwortschreiben

**Betreff: Ihr Antwortschreiben vom 14.06.2021 und Wiederholung vom 07.06.2021**  
**ID ..., Steuernummer .../.../....., ggf. Firmenbezeichnung**

Sehr geehrte Finanzbeamtin, sehr geehrter Finanzbeamter

Ich nehme Bezug auf ihr Schreiben vom 07. Juni 2021 und nach neuen Texten vom 14.06.2021, wo das Finanzamt erfreulicherweise binnen einer Woche geantwortet hat.

Für mich geht es in diesem Schreiben nicht mehr um die Gültigkeit der Gesetze der BRD, da ich schon hinreichend darauf geantwortet und Bezug genommen habe und ich frage mich wer hier begriffsstutzig ist? In Ihrem Gesetzessystem / Verfassung mit Steuergesetzen, wo die Finanzbeamten oder nur die eine Person sich befindet, kann ich Sie ja verstehen, dass Sie gemäß der Steuergesetze handeln und sich im Recht fühlen. Doch ich Michael Komm, als gesunder Mensch ohne Impfung und ggf. Kontrolle durch Staats-Institutionen lebe wie im Anhängen meines Anschreibens vom 31. Mai 2021 in meiner Eigenverantwortung, ich lebe in meinem eigenen lebendigen und vitalen Körper als MANN. Ich bitte Sie nun endlich - letztmalig - dies anzuerkennen und das ich die Geburtsurkunde nicht akzeptiere und diese nicht anerkenne. Daher hoffe ich auf Verständnis, dass ich für Sie ab sofort keine juristisch greifbare Person bin.

Ich beziehe wie sie in ihrem Schreiben auch keine Stellung, denn wir sind nicht im Krieg, obwohl bestimmte hochrangige Denker es sich vorstellen. Ja gewiss verhalten sich einige Menschen Schläfer so, als wären diese im 3. Weltkrieg! Doch ich bin erwacht und ich habe erkannt, welches Spiel Sie treiben. Es geht in der NEUEN ZEIT immer mehr um Klarheit, Verantworten eines jeden, Selbstliebe und die Gefühle statt dem Verstand-EGO in den Vordergrund zu stellen. Wir Menschen sind Gefühlswesen. Manche Menschen jedoch sind so tief in Ihren ungelösten Themen vernebelt, dass diese wie am Beispiel der VerfasserIn der Antwortschreiben vom 7.6.21 und 14.6.21 nicht symbolisch über den Tellerrand hinausblicken wollen und nicht sehen, dass das Leben mit Liebe, Respektvollen Miteinander und Übernahme der Verantwortung viel leichter funktionieren kann. Ich schätze nach meinen Entwicklungsschritten MEIN LEBEN und bitte Sie nun höflich meinen Austritt aus den Sklavensystem anzunehmen und mich nicht mehr mit unnötigen Antwortschreiben, wo Sie es vielleicht immer noch nicht erkennen wollen, zu belästigen!

Die Person des Finanzamtes München hat nun schon mindestens einmal und beim nächsten Antwortrückschreiben an mich vielleicht ein 2. Mal, schriftlich dokumentiert, dass Sie ganz klar lügen! Zum Verständnis zitiere ich von beiden Antwortschreiben: Sollten weitere gleichartige Schreiben eingehen, werden diese nicht mehr beantwortet.

Ich warte immer noch auf einen schriftlichen Beweis, dass die Bundesrepublik Deutschland BRD existiert und sich nicht mehr im Besatzungsstatus befindet! Als schriftlichen Beweis und ich stehe dazu, dass ich Texte im Internet recherchiert habe, den dies steht mir als wacher und interessierter Mensch zu, was Ihnen natürlich bitter aufgestoßen hat, da Sie dies am Ende eines jeden Anschreibens erwähnt hatten, werde ich ein Schriftstück zu diesem Schreiben anhängen! Falls Sie es weiterhin in Betracht ziehen mir zu antworten oder auf Steuerzahlungen bestehen oder das mein Strohhalm die Steuererklärungs-, Abgabenordnungs- sowie Zahlungspflichten beachten soll, so bitte ich Sie eine aktuelle Rechtslage mit einzubeziehen und zu akzeptieren, dass alle Regierungen durch den One People Public Trust OPPT zwangsvollstreckt wurden und nicht nur ich, sondern alle Menschen dadurch frei sind! Dies ist internationales Recht und zum besseren Verständnis (wir sind in Bayern) sticht wie beim Schafkopfkartenspiel der Eichel-Ober die anderen Ober und alle Unter!

Ich bitte um Kenntnisnahme der öffentlich einsehbaren Unterlagen 15.8.2011 Bankenwesen, Auflösung Cestui Que Vie CQV-Trust öffentlicher Eintrag Nr. 983210-341748-240014. Dies bedeutet Auflösung der ewigen Krone, Geburtsurkunden, Sterbeurkunden, der Bonds und der Ansprüche (Claims), Autoritäten der Bank für international Settlements, somit das System der Schuldklaverei der Welt. Der Göttliche Schöpfer, allen Heiligen, Lichtwesen und Heiligen Schriften

als Zeugen habt ihr euch den Fakten und Konditionen zu beugen oder den Himmel, die Erde, Hölle und Geschichte Euer Richter sein zu lassen. Die Wiederkehr des Göttlichen Gesetzes auf dem Planeten findet statt. Alle Rechte, Befugnisse, alles Eigentum, alle Privilegien und Rechte dieser historischen Göttlichen Bünde hiermit geltend gemacht und dann den alleinigen Autorität der Gesellschaft des Einen Himmels übertragen. Ab dem Tage des Göttlichen Paktes und Verständnisses, bis zum Ende des Universums, können keine beanspruchten Gesetze, die auf einem oder mehreren dieser ungültigen, historischen Pakte beruhen, irgendeinen übergeordneten Status bezüglich jeglicher Gesetze abgeleitet aus diesem Pakt beanspruchen. Solche Ansprüche sind null und nichtig ab dem Anfang solcher falscher Ansprüche, wobei diejenigen, die solchen falschen Ansprüche erheben, einer großen (freimaurerischen) Verbindung unterliegen.

ICH Michael Komm beauftrage ich sie, dieses Treuhandverhältnis aufzulösen und zu entlasten! Ich beanspruche hiermit meinen Körper also löse ich den Cestui Que Vie CQV-Treuhandfonds auf, den Sie belastet haben, weil es dort keinen Wert gibt. Sie haben gegen sämtliche Gesetze verstoßen!

Das allgemeingültig und bekannte Resonanzgesetz kommt automatisch zum tragen, wenn ein Mensch auf Erden unrecht unter Beobachtung des Schöpfers handelt und dies dann in Form eines Problems im psychisch-körperlichen Bereiches zum tragen kommt! Also überlegen sie es sich gut...  
Ich gebe Ihnen für Ihre Antwort auf dieses Anschreiben eine Frist bis zum

**30. Juni 2021.**

Vielen Dank für Ihr Verständnis im Voraus.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Vornamen und Nachnamen, ein lebendiger Mensch im eigenen Körper und in Eigenverantwortung

Deutsche Rentenversicherung Bund  
**Kennnummer ... K ...**  
Ruhrstraße 2

10704 Berlin

**Betreff: .. Geburtsdatum K ..., ..., (000-00),**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit teile ich Ihnen mit, dass Sie mir keine Staatsangehörigkeit nachweisen können, da die BRD nur eine nicht existente Staatsangehörigkeit „Deutsch“ welches in meinem Personalausweis oder Reisepass steht!

Der Geltungsbereich des Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, der bis September 1990 im Artikel 23 des GG definiert war, ist aufgehoben worden.

Somit fehlt dem Grundgesetz der zwingend-erforderliche Geltungsbereich und ist damit nichtig. Heute steht im Artikel 23 des GG nicht wie es korrekt wäre, gestrichen oder aufgehoben, sondern irgendein Quatsch über das Abtreten nicht vorhandener Hoheitsrechte an die EU. Dieser Artikel wurde schlicht rechtswidrig überblendet, damit man sich nicht fragt, was davor gestanden haben könnte.

Das Grundgesetz ist keine Verfassung. Wenn dem so wäre, wäre es Kraft des Artikels 146 auch schon wieder ungültig, der da vor 1990 lautet :

„Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die vom deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Nach 1990 ist dieser geändert worden, in dem eine schöne Lüge einbaut wurde, hat aber dennoch fast die gleiche Bedeutung:

„Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tag, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Die BRD ist gemäß Artikel 133 GG der Rechtsnachfolger der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, und damit ein Besatzungsstruktur im Auftrag der Alliierten, die sich durch Verhaftung der deutschen Regierung und sich per Proklamation zum Inhaber der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands gemacht haben.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) Artikel 133 GG

Der Bund tritt in die Rechte und Pflichten der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ein. Gesetze der Bundesrepublik Deutschland

Gesetze auf Grundlage des Grundgesetzes können nur gelten, wenn sie die folgenden, förmlichen Merkmale aufweist:

1. Jedes Gesetz, das in Grundrechte eingreift, muss diese Grundrechte mit Artikel im Gesetz aufführen. Ansonsten ist es nichtig(ungültig).

(Zitierpflicht Art. 19 GG)

2. Die bundesrepublikanischen Gerichte wie das BVerfG und BVerwG schreiben dem Gesetzgeber vor, in seinen Gesetzen den territorialen Geltungsbereich genau zu definieren.

3. Das Gesetz muss logischerweise auch Inkrafttreten, also eine Inkrafttrittserklärung ist zwingend notwendig.

4. Der, der die Gesetze beschließt, muss zwangsläufig auch kraft Verfassung (oder von mir aus Grundgesetz) dazu autorisiert sein.

Der letzte Punkt ist ein sehr Interessanter. Schauen wir uns mal die Grundsätze zur Wahl des Bundestages der Bundesrepublik Deutschland an:

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG)

Artikel 38 Absatz 1 Satz 1 :

„Die Abgeordneten des deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, und geheimer Wahl gewählt.“

Jede Rechtsnorm, die einer Übergeordneten widerspricht, ist nichtig. Nach nichtigen Rechtsnormen darf nicht verfahren werden. Die 1956 eingeführte Listenwahl des Bundestages widerspricht dem Grundsatz der unmittelbaren Wahl. Ein sich grundgesetzwidrig-zusammengesetzter Bundestag ist nicht beschlussfähig. Daraufhin sind alle Handlungen unwirksam. Jedem, der Lesen kann, muss dieser Widerspruch auffallen, und vor allem dem sogenannten Bundesverfassungsgericht.

Jeder Mensch, der auf deutschem Territorium (mindestens die Grenzen vom 31.12.1937 (Siehe SHAEF (Besatzungsrecht)) geboren wurde, ist Deutscher gemäß Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz ( Vom 22. Juli 1913 RGBl. 1913, 583).

Angehörige des deutschen Staates (Deutsches Reich) stehen der BRD, gemäß der von der BRD selbst erlassen Gesetze, exterritorial gegenüber:

- allgemein- und verwaltungsrechtlich gem. § 3, Abs. 1 FGG vom 12.09.1950 BGBl. S 455
- strafprozeßrechtlich gem. § 11, Abs. 1, Satz 1, StPO vom 07.04.1987 BGBl. I, S. 1074, bereinigt S. 1319
- zivilprozeßrechtlich gem. § 15, Abs. 1, Satz 1, ZPO vom 12.09.1950 BGBl. I, S. 533, und
- gerichtsverfassungsrechtlich gem. § 71, Abs. 2, Satz 1, und gem. § 20, Abs. 1 GVG vom 09.05.1975 BGBl. I, Seite 1077

Mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung der Rechtseinheit auf dem Gebiete der Gerichtsverfassung, der bürgerlichen Rechtspflege, des Strafverfahrens und des Kostenrechts“ (vom 12.09.1950 BGBl. S 455) wurde auch der § 15 des Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) aufgehoben, der da lautete:

„Die Gerichte sind Staatsgerichte“

Wenn die Gerichte keine Staatsgerichte sind, dann sind sie private Schiedsgerichte, und damit freiwillig.

Im Zuge des „Erstes Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz“ (1. BMJBBG)

(vom 19.04.2006 BGBl. I S. 866 (Nr. 18)) wurden die §§ 1 der Einführungsgesetze der ZPO, StPO und des GVG aufgehoben. Diese waren sich sehr ähnlich. Der für das Gerichtsverfassungsgesetz lautete:

„§1 [Inkrafttreten]

Das Gerichtsverfassungsgesetz tritt im ganzen Umfang des Reichs an einem durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrates festzusetzenden Tages, spätestens am 1. Oktober 1879, gleichzeitig mit der in §2 des Einführungsgesetzes der Zivilprozessordnung vorgesehenen Gebührenordnung in Kraft“

Damit ist dieses Gesetz ungültig, da es keine Inkrafttrittserklärung mehr hat und auch keinen Geltungsbereich mehr beschreibt.

Da alle 3 Gesetzeswerke ohnehin das Zitiergebot verletzen, durften sie sowieso nie auf Grundlage des Grundgesetzes angewendet werden.

Lustigerweise verweist dieses BRD – Gesetz auf das (Deutsche) Reich, welches nun mal weiter existiert, sonst wäre dieses Gesetz unbestimmt und damit nichtig

(Art. 80 I 2 GG).

Im Zuge des „Zweiten Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz“ (2. BMJBBG) ( vom 23.11.2007 BGBl Teil I Nr.59, S 2614) wurde im Artikel 4 die Aufhebung des Grundgesetz durch Aufhebung des Art. 23 GG bestätigt, indem das Besatzungsrecht (Grundgesetz) mit § 1 aufgehoben wurde. Mit § 2 wurden die Aufhebungen des Besatzungsrecht seit 1956 aufgehoben, sodass das Besatzungsrecht ab 30.11.2007 für die Bundesrepublik Deutschland ganz offiziell wieder Geltung hat. Mit dem § 3 Satz 1 werden die Folgen erläutert ( zum besseren Verständnis leicht verkürzt ) :

„Rechte und Pflichten ... der Besatzungsbehörden ... bleiben von der Aufhebung unberührt und bestehen ... fort.“

Personalausweisgesetz (PAausG) § 28 Ungültigkeit:

Meine Körpergröße hat sich verändert und daher ist mein Personalausweis ungültig! Somit bin ich als Person nicht fassbar.

Die Rechtsfähigkeit des Menschen wird ihm nach deutschem Recht nicht staatlich verliehen, somit kann er sie auch nicht verlieren, sollte der Staat desorganisiert sein. Auch durch Rechtsgeschäft können Sie Ihre Rechtsfähigkeit nicht verlieren.

§ 134 Ein Rechtsgeschäft, das gegen ein gesetzliches Verbot verstößt, ist nichtig, wenn sich nicht aus dem Gesetz ein Anderes ergibt.

§ 138 Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig. Nichtig ist insbesondere ein Rechtsgeschäft, durch das Jemand unter Ausbeutung der Nothlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit eines Anderen sich oder einem Dritten für eine Leistung Vermögensvortheile versprechen oder gewähren läßt, welche den Werth der Leistung dergestalt übersteigen, daß den Umständen nach die Vermögensvortheile in auffälligem Mißverhältnisse zu der Leistung stehen.

Der Artikel 23 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland

Hier ist der Artikel 23 GG, wie er im ersten Bundesgesetzblatt vom 23 Mai 1949 verkündet wurde. Stand Mai 1949

Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In den anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.

Dieser wurde bis 1990 nicht geändert. Dies sollte Sie schon stutzig machen, denn wenn Sie in Deutschland auf eine öffentliche (nicht staatliche) Schule gegangen sind, dann haben Sie sicherlich gelernt (man hat es Ihnen erzählt), dass das Saarland 1956/7 der Bundesrepublik Deutschland beigetreten ist. Dies ist natürlich wie fast alles, was man der Schule so „lernt“, Quatsch.

Ein einfacher Beitritt nach Artikel 23 ist nicht möglich, denn Satz 2 erklärt, dass das Grundgesetz erst nach dem Beitritt in dem Teil Deutschlands in Kraft zu setzen ist.

Zuerst müsste eine Gebietserweiterung nach Artikel 29 ( alter Fassung ) stattfinden, denn es sind zwei verschiedene Gebiete, die Eins werden sollen, das bedeutet Volksentscheide in den Ländern, die davon betroffen sind.

Seit 1957 gilt das Grundgesetz, wenn überhaupt, noch im Saarland. Damit dies nicht auffällt, hat man es auch unterlassen den Artikel 23 anzupassen.

So, jetzt soll also im Jahre 1990 die DDR dieser, eigentlich nur noch im Saarland existierenden, BRD beigetreten sein.

Man liest häufig, dass ein James Baker in seiner Funktion als Außenminister der USA (SHAEF-Gesetzgeber) den Artikel 23 bei den Verhandlungen in Paris am 17.07 (1990) mit Wirkung zum 18.07 gestrichen hätte.

Ich habe dafür zwar nie einen wirklichen Beweis gesehen, aber gut, ist auch nicht so wichtig, denn es ändert nichts, wenn es nicht so wäre.

Es würde auf jeden Fall Sinn machen, denn es war ja eigentlich beabsichtigt etwas

Neues zu schaffen: das Vereinte Deutschland

Wie auch immer, was aber sicher ist, dass es dem bundesdeutschen „Gesetz“geber überhaupt nicht erlaubt ist, einfach so Artikel des Grundgesetzes aufzuheben.

Artikel 79 GG (1)

Das Grundgesetz kann nur durch ein Gesetz geändert werden, das den Wortlaut des Grundgesetzes ausdrücklich ändert oder ergänzt.

Von Artikel aufheben, steht da nichts, sonst könnte sich der einfach-gesetzliche Gesetzgeber jede Freiheit herausnehmen, in dem er Artikel aufhebt, die ihm grade nicht passen.

Vor allem kann der sogenannte Einigungsvertrag keine Änderungen am Grundgesetz vornehmen, weil Dieser kein Gesetz ist.

Ein Vertrag kann ja nicht Artikel aufheben, auf denen er angeblich basiert, sonst kommt da, wie man sieht, nur Mist raus ( Siehe Artikel 144 GG).

Jetzt habe ich Ihnen viel Daten geschrieben. Kurz und knapp geht es um die:

**Alle Unternehmen und Banken wurden !!! zwangsvollstreckt !!!**

**!!! gepfändet !!!**

**!!! Zulassung entzogen !!!**

Rechtlich gesehen gibt es seit dem **28.11.2012** keine Unternehmen, keine Banken und keine Regierungen mehr auf der Erde.

Fakten WA DC UCC Doc# 2012127917)

Alle Ressourcen der Erde, das ganze Vermögen und die Schöpfung gehört wieder allen Menschen in gleichem Maße.

Was bedeutet das?

**WIR sind FREI!**

Ich bitte Sie daher höflich von meinem Giro-Konto ab sofort keine Rentenversicherungsbeiträge z.B. 611,94€ und mindestens die letzte Abbuchung vom 26.05.2021 zurückzubuchen. In zahlreichen Einsprüchen von Bescheiden hatte ich ja noch den Vermerk „Zahlung unter Vorbehalt“ geschrieben und ich bitte dies zu berücksichtigen und diese Beiträge auch rückzubuchen.

Vielen Dank für Ihr Verständnis im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen

Vornamen Nachnamen (mit Großen Erstbuchstaben und sonst bitte klein schreiben)

Anlagen:

Kopien I AM, Erklärung und Mitteilung unbegrenzter Voller Eigener Verantwortung unterschrieben und mit rechtem Daumenabdruck versehen Alle Unternehmen und Banken wurden !!! zwangsvollstreckt !!!

!!! gepfändet !!!

!!! Zulassung entzogen !!!

Rechtlich gesehen gibt es seit dem 28.11.2012 keine Unternehmen, keine Banken und keine Regierungen mehr auf der Erde.

Fakten WA DC UCC Doc# 2012127917)

Alle Ressourcen der Erde, das ganze Vermögen und die Schöpfung gehört wieder allen Menschen in gleichem Maße.

Was bedeutet das?

**WIR sind FREI!**

## **Diese beiden Seiten können auch für die 2. Antwort an die Krankenversicherung verwendet werden!**

Deutsche Rentenversicherung Bund  
... .. K .....,....  
Ruhrstraße 2  
10704 Berlin

**Betreff: .. .. K .....,.... (000-00), Courtesy Notice gemäß internationalen Recht in Englisch des UCC siehe Schreiben vom 31. Mai 2021, Einstellung der Beitragsabbuchung Kennzeichen 4977, Zurückweisung/ Einspruch von Beitragserhöhungen oder Sonstiges, Erklärung und Antwort auf Ihre Schreiben vom 24./30. Juni & 1. Juli 2021**

Sehr geehrte Damen und Herren der Deutschen Rentenversicherung Bund,

Danke, dass Sie auf mein Anschreiben meinerseits vom 31. Mai 2021 geantwortet haben und meinen Wunsch der Einstellung der Beitragsabbuchungen von meinem Konto respektiert haben. Ich habe mir erlaubt, den Junibeitrag rückbuchen zu lassen und fordere nun auch alle anderen Beiträge wegen mangelnder Gesetzesgrundlage / Besatzungsstatus / Seehandelsrecht / UCC Universal Commercial Code zurück!

Falls Sie es weiterhin in Betracht ziehen mir zu antworten oder auf Rentenversicherungsbeiträge bestehen oder das mein Strohmännchen die Zahlungspflichten gemäß seines Vertrages beachten soll, so bitte ich Sie eine aktuelle Rechtslage mit einzubeziehen und zu akzeptieren, dass alle Regierungen durch den One People Public Trust OPPT zwangsvollstreckt wurden und nicht nur ich, sondern alle Menschen dadurch frei sind! Dies ist internationales Recht und zum besseren Verständnis (wir sind in Bayern) sticht wie beim Schafkopfkartenspiel der Eichel-Ober die anderen Ober, alle Unter und die Trümpfe!

ICH Michael Komm (nicht mein Strohmännchen mit Geburtsurkunde und/oder MICHAEL KOMM) beauftrage ich sie, dieses Treuhandverhältnis aufzulösen und zu entlasten! Ich beanspruche hiermit meinen Körper also löse ich den Cestui Que Vie CQV-Treuhandfonds auf, den Sie belastet haben, weil es dort keinen Wert gibt. Sie haben gegen sämtliche Gesetze verstoßen!

Falls möglich, bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Bitte teilen Sie mir mit, für welchen Staat Sie tätig sind?
2. Bitte teilen Sie mir mit, in welchem Auftrag Sie persönlich handeln?
3. Bitte teilen Sie mir mit, wer genau sich als IHRE Dienstherren ausgibt?
4. Haben Sie schon mal vom GESARA Programm gehört?

Ich erwarte den Nachweis von Ihnen:

- dass Sie für den souveränen Staat „Deutschland“ tätig sind, der aus der BRD, der DDR und aus Berlin besteht!
- dass Deutschland eine eigene, vom Volk genehmigte Verfassung hat!
- dass Deutschland eine verfassungsgemäß gewählte Regierung hat!
- Dass die von Ihnen angegebenen Gesetze für das vereinte Deutschland und nicht für die erloschene Bundesrepublik Deutschland gelten!
- Es gibt keine Corona Pandemie mehr, da der laut IfSG§ 28a Abs. 2 der Nachweis von Infektionen fehlt und es gibt nur Testpositive, welcher der zweifelhafte PCR Test

Dann lehne ich hiermit jeglichen weiteren Schriftwechsel mit Ihnen ab und untersage Ihnen und Ihren Mitarbeitern meine Daten / die des Unterzeichners in jeglicher Form zu benutzen oder Handelsangebote an mich / Unterzeichner als natürliche, beseelte Person zu versenden.

Ich erhebe hiermit auch Einspruch gegen alle noch ausstehenden Renten-Bescheide und gebe Antrag auf Aussetzung des Vollzugs. Ich bitte um klare Begründungen, die Beantwortung o.g. Fragen und Klärung von ggf. Rechtsunsicherheiten!

**Darüberhinaus erteile ich Ihnen hiermit formlos eine Mahnung mit Vollstreckungsandrohung in Höhe von 2.000 Unzen Sterlingsilber in englisch und deutsch.**

Bitte nehmen Sie netterweise die beiliegende international in englischer Sprache gültige Courtesy Notice zur Kenntnis und ich bitte um Entschuldigung, dass es zur Schriftsaterstellung noch keine Übersetzung gab!

Beim nächsten Mal erlaube ich mir für die beanspruchte Zeit eine Rechnung erstellen!!!

Das allgemeingültig und bekannte Resonanzgesetz kommt automatisch zum tragen, wenn ein Mensch auf Erden unrecht unter Beobachtung des Schöpfers handelt und dies dann in Form eines Problems im psychisch-körperlichen Bereiches zum tragen kommt! Also überlegen sie es sich gut...  
Ich gebe Ihnen für Ihre Antwort auf dieses Anschreiben eine Frist bis zum

**22. Juli 2021.**

Vielen Dank für Ihr Verständnis im Voraus.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Vornamen Nachnamen (mit Großen Erstbuchstaben und sonst bitte klein schreiben), ein lebendiger Mensch im eigenen Körper und in Eigenverantwortung

Anlage:

Courtesy Notice

I AM Erklärung 1. Seite

2 Seiten Erklärung in voller Eigenverantwortung

Continental Krankenversicherung e.G.  
Kundendienst Centrum München  
Baierbrunner Str. 31-33

81358 München

**Betreff: Versicherungsnummer ... .., Einstellung der Beitragsabbuchungen, sowie die Rückbuchung des letzten Beitrages, wegen führen meines Lebens „I am“ in Eigenverantwortung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit teile ich Ihnen mit, dass ich die Entscheidung getroffen habe ein Leben in Eigenverantwortung (siehe I am Erklärung im Anhang) zu leben und zusätzlich teile ich Ihnen mit, dass die Bundesrepublik Deutschland zwangsvollstreckt wurde!

Dadurch, dass ich mich in meiner Verantwortung so zu sagen souverän erklärt habe, erlischt automatisch die Pflicht sich in einer Krankenversicherung anzumelden. Daher bitte ich Sie höflich die Krankenversicherungsbeiträge mindestens für 2021 auf mein bei Ihnen angegebene Girokonto zurück zu buchen und bitte die monatlichen Beitragsabbuchungen einzustellen!

Ich bin Selbstzahler und behandle mich heilerisch-energetisch SELBST.

Gerne können Sie den Vertrag auf sich beruhen lassen und meinen KV Status nach Beitragsrückzahlung einfrieren.

Zusätzlich teile ich Ihnen mit, dass die Bundesrepublik Deutschland zwangsvollstreckt wurde!

Ich bin durch meine Aberkennung meiner Geburtsurkunde keine juristische Person mehr und wie im Personalausweis ersichtlich nicht Deutsch, sondern ein Deutscher.

Ich bitte Sie die Höflichkeitserklärung im Anhang zu respektieren, sowie die Erklärung und Benachrichtigung meiner eigenen vollen, unbegrenzten Verantwortung. Ich verletzte niemanden und schädige niemandem dessen Eigentum. Bitte nehmen Sie das UCC Verfahren zur Kenntnis.

Ab hier finden Sie noch rechtliche Erklärungen die mein Anliegen untermauern:

Ich Ihnen mit, dass Sie mir keine Staatsangehörigkeit nachweisen können, da die BRD nur eine nicht existente Staatsangehörigkeit „Deutsch“ welches in meinem Personalausweis oder Reisepass steht!

Der Geltungsbereich des Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, der bis September 1990 im Artikel 23 des GG definiert war, ist aufgehoben worden.

Somit fehlt dem Grundgesetz der zwingend-erforderliche Geltungsbereich und ist damit nichtig. Heute steht im Artikel 23 des GG nicht wie es korrekt wäre, gestrichen oder aufgehoben, sondern irgendein Quatsch über das Abtreten nicht vorhandener Hoheitsrechte an die EU. Dieser Artikel wurde schlicht rechtswidrig überblendet, damit man sich nicht fragt, was davor gestanden haben könnte.

Das Grundgesetz ist keine Verfassung. Wenn dem so wäre, wäre es Kraft des Artikels 146 auch schon wieder ungültig, der da vor 1990 lautet :

„Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die vom deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Nach 1990 ist dieser geändert worden, in dem eine schöne Lüge einbaut wurde, hat aber dennoch fast die gleiche Bedeutung:

„Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tag, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Die BRD ist gemäß Artikel 133 GG der Rechtsnachfolger der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, und damit ein Besatzungskonstrukt im Auftrag der Alliierten, die sich durch Verhaftung der deutschen Regierung und sich per Proklamation zum Inhaber der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands gemacht haben.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) Artikel 133 GG

Der Bund tritt in die Rechte und Pflichten der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ein.

Gesetze der Bundesrepublik Deutschland

Gesetze auf Grundlage des Grundgesetzes können nur gelten, wenn sie die folgenden, förmlichen Merkmale aufweist:

1. Jedes Gesetz, das in Grundrechte eingreift, muss diese Grundrechte mit Artikel im Gesetz aufführen. Ansonsten ist es nichtig(ungültig).

(Zitierpflicht Art. 19 GG)

2. Die bundesrepublikanischen Gerichte wie das BVerfG und BVerwG schreiben dem Gesetzgeber vor, in seinen Gesetzen den territorialen Geltungsbereich genau zu definieren.

3. Das Gesetz muss logischerweise auch Inkrafttreten, also eine Inkrafttrittserklärung ist zwingend notwendig.

4. Der, der die Gesetze beschließt, muss zwangsläufig auch kraft Verfassung (oder von mir aus Grundgesetz) dazu autorisiert sein.

Der letzte Punkt ist ein sehr Interessanter. Schauen wir uns mal die Grundsätze zur Wahl des Bundestages der Bundesrepublik Deutschland an:

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG)

Artikel 38 Absatz 1 Satz 1 :

„Die Abgeordneten des deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, und geheimer Wahl gewählt.“

Jede Rechtsnorm, die einer Übergeordneten widerspricht, ist nichtig. Nach nichtigen Rechtsnormen darf nicht verfahren werden. Die 1956 eingeführte Listenwahl des Bundestages widerspricht dem Grundsatz der unmittelbaren Wahl. Ein sich grundgesetzwidrig-zusammengesetzter Bundestag ist nicht beschlussfähig. Daraufhin sind alle Handlungen unwirksam. Jedem, der Lesen kann, muss dieser Widerspruch auffallen, und vor allem dem sogenannten Bundesverfassungsgericht.

Jeder Mensch, der auf deutschem Territorium (mindestens die Grenzen vom 31.12.1937 (Siehe SHAEF (Besatzungsrecht)) geboren wurde, ist Deutscher gemäß Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz ( Vom 22. Juli 1913 RGBl. 1913, 583).

Angehörige des deutschen Staates (Deutsches Reich) stehen der BRD, gemäß der von der BRD selbst erlassene Gesetze, exterritorial gegenüber:

- allgemein- und verwaltungsrechtlich gem. § 3, Abs. 1 FGG vom 12.09.1950 BGBl. S 455

- strafprozeßrechtlich gem. § 11, Abs. 1, Satz 1, StPO vom 07.04.1987 BGBl. I, S. 1074, bereinigt S. 1319

- zivilprozeßrechtlich gem. § 15, Abs. 1, Satz 1, ZPO vom 12.09.1950 BGBl. I, S. 533, und

- gerichtsverfassungsrechtlich gem. § 71, Abs. 2, Satz 1, und gem. § 20, Abs. 1 GVG vom 09.05.1975 BGBl. I, Seite 1077

Mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung der Rechtseinheit auf dem Gebiete der Gerichtsverfassung, der bürgerlichen Rechtspflege, des Strafverfahrens und des Kostenrechts“ (vom 12.09.1950 BGBl. S 455) wurde auch der § 15 des Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) aufgehoben, der da lautete:

„Die Gerichte sind Staatsgerichte“

Wenn die Gerichte keine Staatsgerichte sind, dann sind sie private Schiedsgerichte, und damit freiwillig.

Im Zuge des „Erstes Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz“ (1. BMJBBG)

(vom 19.04.2006 BGBl. I S. 866 (Nr. 18)) wurden die §§ 1 der Einführungsgesetze der ZPO, StPO und des GVG aufgehoben. Diese waren sich sehr ähnlich. Der für das Gerichtsverfassungsgesetz lautete:

„§1 [Inkrafttreten]

Das Gerichtsverfassungsgesetz tritt im ganzen Umfang des Reichs an einem durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrates festzusetzenden Tages, spätestens am 1. Oktober 1879, gleichzeitig mit der in §2 des Einführungsgesetzes der Zivilprozessordnung vorgesehenen Gebührenordnung in Kraft“

Damit ist dieses Gesetz ungültig, da es keine Inkrafttrittserklärung mehr hat und auch keinen Geltungsbereich mehr beschreibt.

Da alle 3 Gesetzeswerke ohnehin das Zitiergebot verletzen, durften sie sowieso nie auf Grundlage des Grundgesetzes angewendet werden.

Lustigerweise verweist dieses BRD – Gesetz auf das (Deutsche) Reich, welches nun mal weiter existiert, sonst wäre dieses Gesetz unbestimmt und damit nichtig (Art. 80 I 2 GG).

Im Zuge des „Zweiten Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz“ (2. BMJBBG) ( vom 23.11.2007 BGBl Teil I Nr.59, S 2614) wurde im Artikel 4 die Aufhebung des Grundgesetz durch Aufhebung des Art. 23 GG bestätigt, indem das Besatzungsrecht (Grundgesetz) mit § 1 aufgehoben wurde. Mit § 2 wurden die Aufhebungen des Besatzungsrecht seit 1956 aufgehoben, sodass das Besatzungsrecht ab 30.11.2007 für die Bundesrepublik Deutschland ganz offiziell wieder Geltung hat. Mit dem § 3 Satz 1 werden die Folgen erläutert ( zum besseren Verständnis leicht verkürzt ) :  
„Rechte und Pflichten ... der Besatzungsbehörden ... bleiben von der Aufhebung unberührt und bestehen ... fort.“

Personalausweisgesetz (PAausG) § 28 Ungültigkeit:

Meine Körpergröße hat sich verändert und daher ist mein Personalausweis ungültig! Somit bin ich als Person nicht fassbar.

Die Rechtsfähigkeit des Menschen wird ihm nach deutschem Recht nicht staatlich verliehen, somit kann er sie auch nicht verlieren, sollte der Staat desorganisiert sein. Auch durch Rechtsgeschäft können Sie Ihre Rechtsfähigkeit nicht verlieren.

§ 134 Ein Rechtsgeschäft, das gegen ein gesetzliches Verbot verstößt, ist nichtig, wenn sich nicht aus dem Gesetz ein Anderes ergibt.

§ 138 Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig. Nichtig ist insbesondere ein Rechtsgeschäft, durch das Jemand unter Ausbeutung der Nothlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit eines Anderen sich oder einem Dritten für eine Leistung Vermögensvortheile versprechen oder gewähren läßt, welche den Werth der Leistung dergestalt übersteigen, daß den Umständen nach die Vermögensvortheile in auffälligem Mißverhältnisse zu der Leistung stehen.

Der Artikel 23 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland

Hier ist der Artikel 23 GG, wie er im ersten Bundesgesetzblatt vom 23 Mai 1949 verkündet wurde. Stand Mai 1949

Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg- Hohenzollern. In den anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.

Dieser wurde bis 1990 nicht geändert. Dies sollte Sie schon stutzig machen, denn wenn Sie in Deutschland auf eine öffentliche (nicht staatliche) Schule gegangen sind, dann haben Sie sicherlich gelernt (man hat es Ihnen erzählt), dass das Saarland 1956/7 der Bundesrepublik Deutschland beigetreten ist. Dies ist natürlich wie fast alles, was man der Schule so „lernt“, Quatsch.

Ein einfacher Beitritt nach Artikel 23 ist nicht möglich, denn Satz 2 erklärt, dass das Grundgesetz erst nach dem Beitritt in dem Teil Deutschlands in Kraft zu setzen ist.

Zuerst müsste eine Gebietserweiterung nach Artikel 29 ( alter Fassung ) stattfinden, denn es sind zwei verschiedene Gebiete, die Eins werden sollen, das bedeutet Volksentscheide in den Ländern, die davon betroffen sind.

Seit 1957 gilt das Grundgesetz, wenn überhaupt, noch im Saarland. Damit dies nicht auffällt, hat man es auch unterlassen den Artikel 23 anzupassen.

So, jetzt soll also im Jahre 1990 die DDR dieser, eigentlich nur noch im Saarland existierenden, BRD beigetreten sein.

Man liest häufig, dass ein James Baker in seiner Funktion als Außenminister der USA (SHAEF-Gesetzgeber) den Artikel 23 bei den Verhandlungen in Paris am 17.07 (1990) mit Wirkung zum 18.07 gestrichen hätte.

Ich habe dafür zwar nie einen wirklichen Beweis gesehen, aber gut, ist auch nicht so wichtig, denn es ändert nichts, wenn es nicht so wäre.

Es würde auf jeden Fall Sinn machen, denn es war ja eigentlich beabsichtigt etwas Neues zu schaffen: das Vereinte Deutschland

Wie auch immer, was aber sicher ist, dass es dem bundesdeutschen „Gesetz“geber überhaupt nicht erlaubt ist, einfach so Artikel des Grundgesetzes aufzuheben.

Artikel 79 GG (1)

Das Grundgesetz kann nur durch ein Gesetz geändert werden, das den Wortlaut des Grundgesetzes ausdrücklich ändert oder ergänzt.

Von Artikel aufheben, steht da nichts, sonst könnte sich der einfach-gesetzliche Gesetzgeber jede Freiheit herausnehmen, in dem er Artikel aufhebt, die ihm grade nicht passen.

Vor allem kann der sogenannte Einigungsvertrag keine Änderungen am Grundgesetz vornehmen, weil Dieser kein Gesetz ist.

Ein Vertrag kann ja nicht Artikel aufheben, auf denen er angeblich basiert, sonst kommt da, wie man sieht, nur Mist raus ( Siehe Artikel 144 GG).

Jetzt habe ich Ihnen viel Daten geschrieben. Kurz und knapp geht es um die:

**Alle Unternehmen und Banken wurden !!! zwangsvollstreckt !!!**

**!!! gepfändet !!!**

**!!! Zulassung entzogen !!!**

Rechtlich gesehen gibt es seit dem **28.11.2012** keine Unternehmen, keine Banken und keine Regierungen mehr auf der Erde.

Fakten WA DC UCC Doc# 2012127917)

Alle Ressourcen der Erde, das ganze Vermögen und die Schöpfung gehört wieder allen Menschen in gleichem Maße.

Was bedeutet das?

**WIR sind FREI!**

Ich gebe Ihnen für Ihre Antwort auf dieses Anschreiben eine Frist bis zum

15. Juni 2021.

Vielen Dank für Ihr Verständnis im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen

Vornamen Nachnamen (mit Großen Erstbuchstaben und sonst bitte klein schreiben)

Anlagen:

Kopien I AM, Erklärung und Mitteilung unbegrenzter Voller Eigener Verantwortung unterschrieben und mit rechtem Daumenabdruck versehen, Military Order EN, Deutschübersetzung der Höflichkeitserklärung, UCC Unterlagen-EN